

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 4)

Erscheint Werktags

Bezugspreis monatlich 30 Bfg. Durch die Post
im Nachbortbezirk 2.15 M., in Württemberg
2.20 M. vierteljährlich, dazu Bestellgeld 30 Bfg.

Anzeigen 12 Bfg., von auswärts 15 Bfg., die War-
mondzeit oder deren Raum.
Klame 25 Bfg., die Zeile.
Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition
zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Bfg.
besonders berechnet. Bei Offerten 20 Bfg.



Nr. 29

Montag, den 3. Februar 1919

36. Jahrgang.

Württemberg. Landesversammlung. Protest gegen die Vergewaltigung Deutschlands.

Stuttgart, 1. Februar.

Zu Beginn der heutigen neunten Sitzung verlas Präsi-
dent in Uebereinstimmung mit sämtlichen Parteien mit Ausnahme
der Unabhängigen, folgenden Protest:

Die verfassunggebende Landesversammlung als die aus
freien Wahlen hervorgegangene Vertretung des württ. Volkes
gibt den Gesetzen der tiefsten Enttäuschung und der wachsenden
Empörung Ausdruck über die schmähliche Behandlung, die
das Deutsche Reich bei den Waffenstillstandsverhandlungen
erfahren hat. In vollem Vertrauen auf die in den 14 Punkten
des Wilson'schen Programms niedergelegten Grundzüge, in denen
ein dauerndes friedliches Zusammenleben der Völker festge-
setzt und die Welt vor dem Ausbruch eines neuen Weltkrieges
gebeten. Es hat alle ihm auferlegten Bedingungen, auch die
drückendsten, in loyalster Weise erfüllt, soweit sie über-
haupt erfüllbar waren. Trotzdem bringt jeder Tag neue Ver-
schärfungen der Waffenstillstandsbedingungen und neue Über-
griffe des Feindes, die ebenso wie die Verletzungen der Wil-
son'schen Grundzüge darstellen. Wenn die Friedensbedingungen
von dem gleichen Geiste des Siegesübermutes diktiert wer-
den, so wäre dies eine nie zu tilgende Schmach auf dem Namen
großer Völker, eine Vernichtung der Gerechtigkeit und des
guten Glaubens im Leben der Menschheit. Dann würde unser
deutsches Land das Herrergut und unser Volk der Fron-
sklaven unserer Feinde, in sein Herz aber würde die furchtbare
Saat des Volkshasses gesät, die neue Kämpfe, neue Kriege
und den Untergang der europäischen Kultur notwendig er-
zeugen muß. In dem Kampfe gegen die drohende Vergewaltigung
stellt sich die Landesversammlung und das württem-
bergische Volk geschlossen hinter die Reichsregierung und die
Nationalversammlung. Sie fordert beide auf, das Recht des
deutschen Volkes auf Selbstbestimmung auf Freiheit und auf
ein eigenes wirtschaftliches und geistiges Leben bei den Fre-
densverhandlungen mit allen Kräften zu verteidigen, die durch
entwürdigende Unterdrückung in einem großen Maße wachge-
rufen werden können. Die württembergische Landesversam-
mlung ruft die Stimme der Gerechtigkeit der ganzen Welt für
den verprochenen Frieden der Gerechtigkeit auf, dessen die
gequälte Menschheit bedarf.

Die Erklärung wurde einstimmig angenommen.

Hierauf wird die

Veratung des Verfassungsentwurfs

fortgesetzt. Abg. Dr. von Hieber (D. d. P.): Deutschland
ist in den glanzvollsten Zeiten seiner Geschichte ein Föderati-
vstaat, kein Einheitsstaat gewesen. Aber die schärfste einheitliche
Zusammenfassung aller nationalen Kräfte ist ein unbedingtes Er-
fordernis unserer ganzen Existenz. Wir wollen ein einheit-
liches Wirtschaftsgebiet et bleiben. Wir werden niemals
zulassen, daß die Feinde auch den deutschen Staat zerstören. Wir
wünschen vielmehr, daß der deutsche Einheitsstaat sich erweitern und
die Zuständigkeit des Reichs sich auf weitere Gebiete ausdehne
als heute. Man wird es dem König danken, daß er stets ein
Verständnis für die freiheitliche Entwicklung des Volkes gezeigt

hat. Im Verfassungsentwurf ist gegen die Gefahr einer einseitigen
Parteiherrschaft oder Parteilichkeit, oder allzu starken Bedeu-
ten der Parteien die Möglichkeit einer Auflösung des Landtag
eingeführt. Der Ministerpräsident muß das Bestreben haben
möglichst alle Parteien an der Regierung teilnehmen zu lassen
dadurch aber wird er in seinen Entscheidungen weniger frei sein
Unter diesen Umständen erhebt sich die Frage, ob nicht ein be-
sonderer Staatspräsident zu bestellen wäre, der über den
Landtag steht und ein Gegengewicht gegen Ministerium und Land-
tag darstellt. Wenn unsere Nachbarstaaten Bayern und Ba-
den dafür entscheiden sollten, dann darf Württemberg nicht
zurückbleiben. Wir halten das Referendum für einen sehr
fruchtbaren Vorschlag, weil dadurch der Volkswille zuverlässiger
festgestellt wird als durch Wahlen; es hat sich aber auch of-
fenbar als Hemmnis eines wirklichen Fortschritts erwiesen; die
Voraussetzung des Referendums ist eine sehr gute Presse.
Zu sicheren Resultaten auf dem Gebiete der Sozialisierung werden
wir uns nicht degradieren lassen. Wir müssen aus der Kern-
haareerei herauskommen. Ein engerer politischer und wirt-
schaftlicher Zusammenschluß zwischen Württemberg und Ba-
den sollte erwogen werden. Dadurch liegen sich große Vorteile
in Beamten- und Staatsorganisationen ergeben. Das gesamte
politische Leben wird eine Entlastung erfahren, wenn wir die
religiöse Frage aus dem politischen Treiben aus-
schalten. Die Entstaatlichung der Kirche wird der Religion
erhebliche Vorteile bringen. Der Kirche soll nach der Scheidung
eine Rente ausgezahlt werden und sie bis dahin aus dem Staats-
unterhalt werden. Wenn man zu einer ganz reinlichen Trennung
von Staat und Kirche kommen will, ist die Konsequenz, daß
der Staat den Religionsunterricht der Kirche als staatliche Einrich-
tung überhaupt aufhebt. Wir treten für Verstaatlichung des
Religionsunterrichts ein. Wegen der völligen Trennung
von Staat und Kirche und Aufhebung des Religionsunter-
richts seien in Belgien die meisten Schulen Kirchenschulen. Bel-
gien sei ein Musterbeispiel dafür, wie man die Schulvergebung
nicht machen sollte. Wenn man den Moralunterricht deshalb
einführen wolle, damit die Bürger nicht gegen die Gesetz ver-
stoßen, so sei das unbegründet, und man schaffe damit einen
Unterrichtsgegenstand, der kein vorgängiger, sondern ein zmei-
terter Gegenstand sei, der kein Gegengewicht darstelle gegen
einen mit innerer Überzeugung erteilten Religionsunterricht und
er würde die heranwachsende Jugend aufs äußerste langweilen.
Es gibt keinen Moralunterricht, der nicht irgendwie im Zu-
sammenhang mit einer Weltanschauung steht. Der Staat
zerstört dadurch die einheitliche Gestaltung seines Schulwesens.
Zu begrüßen sei die Erklärung des Ministerpräsidenten, daß
grundgesetzliche Änderungen in Kirchenfragen von der jetzigen
Landesversammlung nicht vorgenommen werden sollen. Staat
müßte ein Kampfgebiet uns aufheben würden. Das gäbe einen Kul-
turkampf, gegenüber dem der Kulturkampf der 70er und 80er
Jahre ein Kinderspiel gewesen sei. Im gesamten Volksbil-
dungswesen erwache eine Fülle von Aufgaben. Es freier
unser Verfassung ist, um so gebildeter muß ein Volk sein. Sonst
wäre auch die freieste Verfassung nicht ein Segen, sondern ein
Unheil. Wir erkennen in dem Entwurf eine wohlgeordnete Grund-
lage für die Weiterberatung.

ung. Volk (3.) spricht sich gegen die Soldatentaxe
aus. Es frage sich, ob das Volk schon so reif ist, daß es in
schwierigen politischen Fragen durch ein Referendum das
wichtige Urteil treffen könne. Wenn einem Staatspräsidenten
das Recht zur Landtagsauflösung eingeräumt werden sollte, so
steht dies im Widerspruch zu der Volksherrschaft und Parla-
mentarismus. Wir sind für die Beibehaltung der schwebende
Agenda, jedoch unter Aufrechterhaltung des Gedanken ein-
mütigen Reichs; eine Verminderung der Bundesstaaten im Deut-
schen Reich ist wünschenswert. Wir haben die lebhaftesten Bedenken
gegen die Beibehaltung des 21. Lebensjahres als Wahlalter,
und halten das 21. Lebensjahr für das Mindestmaß. Das Wahl-
recht der Nichtwürttemberger sollte aus dem Entwurf
entfernt werden. Wir würden auch, nach dem Vorschlag Fre-
der, für eine 5jährige Landtagsperiode stimmen. Das Fidei-
kommisrecht muß abgeschafft werden, das Fideikommissgut
nur dann, wenn das Gut unrentabel betrieben wird. Bei
der Sozialisierung müssen Auswüchse und Ausbeutungs-
möglichkeiten unmöglich gemacht werden; Staatsaufsicht über mo-
nopolartige Betriebe ist notwendig. Die Trennung von
Staat und Kirche und die Verwirklichung der Schu-
le lehnen wir ab und fordern die Unterrichtsfreiheit. Von
einem Staatskirchenrat wollen wir nichts wissen. Warum soll
die Lebensüberlastung widerständig sein? Der Scheidung des
Kirchenvermögens können wir nur zustimmen, wenn die Renten-
entlastung angemessen ausfällt. Die Kosten der Unterhaltung
reicher Kirchen (Bingarten, Wiblingen, Zwiefalten) in kirch-
lichen Gemeinden kann der Staat auf diese nicht allein abwälzen.
Kinder einer Religionsgemeinschaft sind zum Besuch des Reli-
gionsunterrichts zu verpflichten. Der Satz: „Das Schul-
wesen untersteht nur der Aufsicht des Staats“ sollte aus dem Ver-
fassungsentwurf fallen.

Abg. Dr. Schott (D. P.): Die Mitarbeit bei dem In-
landkommen des Entwurfs werden wir nicht ablehnen, nicht
er Regierung, sondern dem Volk zuliebe. Das parlamentarische
System birgt große Gefahren in sich. Der Regierung sollte ein
Staatsrat an die Seite gestellt werden, damit die Minderheit
es Volks geschützt wird. Die Erste Kammer als Kontroll-
organ sollte beibehalten werden und zwar als Berufsständi-
sche Interessensvertretung; die demokratisch re, in Staaten
England, Frankreich, Amerika, Schwiz haben das Zweikammer-
system eingeführt. Der Gedanke der Einsetzung eines Staats-
präsidenten erscheint erwägenswert. Zur Prüfung des Wahlergeb-
nisses ist nicht der Landtag zuständig, sondern der Staats-
rechtshof. Den Bestimmungen nach Vergesellschaftung, die sich
sonders für den Mittel- und Gewerbestand unangenehm fühl-
bar machen würde, seien wir entschieden entgegen. Wir wünschen,
daß die Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat in gerechter,
billiger und wohlwollender Weise erfolgt. Daß große Kirchen-
gebäude vom Staat zu unterhalten sind, dafür liegt ein allge-
meines kulturelles Bedürfnis vor.

Abg. Crispian (U. S. P.): Die Gesetzmacher der Re-
gierung kann niemand imponieren. Wir lehnen den „Volks-
rat“ ab und fordern die „Einführung der Gesellschaft“. Die
erste Aufgabe des Staats wäre die allgemeine Besteuerung
er Produktionsmittel, die Durchführung der Arbeitspflicht für
alle Menschen, die geistliche Regelung der Lohnfrage für alle
Arbeitenden. Wir wollen versuchen, mit Hilfe der aröhen

Ein Deutscher

Von Otto Kuppis.

Reichardt konnte nichts von den Beweggründen des
Mädchens, aber er mochte jetzt auch nicht Ge-
danken in sich aufkommen lassen, die ihm später
vielleicht nur Enttäuschung bringen konnten, selbst
wenn der ganze unendliche Unterschied zwischen Ver-
hältnissen und den seinen nicht bestanden hätte.

Es mußten während seiner Abwesenheit Verordnungen
stattgefunden haben, der un'ere Raum lag voll Stroh-
und Holzüberbleibsel. Reichardt, ohne sich seines ver-
schämten Mittagmahls zu erinnern, kleidete sich schnell
um und griff nach dem Besen. Erst wollte er die näch-
sten Arbeiten besorgen, ehe er Schritte für seine Ent-
lassung tat und er war eben in voller Beschäftigung,
um den Seitenvogel zu säubern, als William Johnson
raschen Schrittes ankam, mit finstern Blicken sah er
als wolle er mit Reichardt reden, dann aber wie sich
bestimmend ins Haus ging. Es wahrte nur kurze Zeit,
so trat der Kupferhändler aus der Tür. „Was haben
Sie denn um Gotteswillen ausgefressen?“ sagte er an
den Arbeitenden herantretend, „der Rest von den
Johnsons hat mich zu Ihnen geschickt, als habe er den
Kaufsch für Sie schon in der Tasche, und wandelt jetzt
im Büro herum, wie ein Bulldog an der Kette!“

„Müssen eben zusehen, was er will, Reihner.“ ver-
setzte Reichardt, lächelnd in das ängstliche Gesicht des
Andern sehend und seinen Besen beiseite stellend, „ich
denke, wir trinken heute Abend noch ein paar Flaschen
Wein miteinander!“

„Na, wenn das Wein gibt —!“ erwiderte der Erstere
kopfschüttelnd und folgte mit leisen Tritten dem rasch
die Treppe hinaufsteigenden Freunde.

William Johnson kam leicht an eines der Bü-
geleht, als Reichardt in das Büro trat, und sein Blick

schien sich zwei Sekunden lang in das unbefangene Auge
des Deutschen einbohren zu wollen. „Wollen Sie mir ge-
fälligt sagen, wer Sie sind, Sir?“ fragte er dann.

„Porter bei Johnson und Sohn, wie Sie vielleicht
wissen, Sir!“ erwiderte Reichardt mit einem leichten Lächeln.

Der Amerikaner presste einen Augenblick die Lip-
pen zusammen. „Und wie kommen Sie denn heute mor-
gen in ein Zimmer des Astorhauses, das nicht für
jedermann da ist?“

„Ich hatte Urlaub von Mr. Glad erhalten — das
übrige ist aber wohl meine eigene Angelegenheit.“

„Very well, Sir!“ entgegnete Johnson mit einem
häßlichen Lächeln. „Sie werden aber einsehen, daß ich
nicht ferner in Gefahr kommen mag, mit meinen Porters
an denselben Tisch zu geraten — lohnen Sie den Mann
ab, Mr. Glad.“

„Ich begreife nicht, Sir.“ erwiderte Reichardt ruhig,
obgleich sein Auge einen erhöhten Glanz anzunehmen
begannt, „warum Sie mir in dieser absichtlich verächt-
lichen Weise begegnen. Die augenblickliche Beschäftigung
macht den Gentleman nicht, und ich verlange die gleiche
Behandlung, die ich Ihnen selbst angedeihen lasse.“

„Ich behandle meine Leute, wie es mir selbst gut-
dünkt.“

„Out, Sir, ich gehöre aber seit den letzten Minuten
nicht mehr zu Ihren Leuten und werde mir sonach die
erforderliche Höflichkeit zu erzwingen wissen, wo sie mir
verlangt werden sollte. — Ich bedaure, Mr. Glad.“
wandte sich der Sprechende an den Buchhalter, „daß ich
meines Wortes gegen Sie auf diese Weise entbunden
werde. Mr. Augustus Frost lachte zwar über mich, noch
drei Tage die Strafe setzen zu wollen, gab mir aber recht,
daß Wortsal in das erste für den Kaufmann ist — jetzt
mag sich Mr. William Johnson fragen, ob er eben o-
gewissenhaft eine Portersstelle ausfüllen könnte, als er

leicht darüber zu verfügen versteht. Sollte irgend
eine Auskunft von mir verlangt werden, so finden Sie
mich in Mr. Frosts Kassenzimmer.“

„Es ist noch etwas von Ihrer Bezahlung rückstän-
dig!“ ließ sich jetzt der Alte hören, der während der
ganzen Verhandlung in stichlichem Anmute seine Bücher
auf- und zugeklappt hatte.

„Ich weiß es, Sir, und ich werde mir das Geld, das
ehrlich verdient ist, holen lassen!“ erwiderte Reichardt;
dann machte er eine leichte Verbeugung gegen den jungen
Geschäftsherrn, der den Kopf stolz zurückgeworfen, in
seiner früheren Stellung verharret war, und verließ
das Zimmer. Er hatte kaum den Fuß auf die Treppe
gesetzt, als er zwei Arme seinen Hals umschlingen sah.
„Es ist weiß Gott so, immer nur lauten lassen, was sich
nicht halten läßt!“ hörte er des Kupferhändlers mühsam
unterdrückte Stimme. „Sie werden noch ein großer
Keck, ich sag's Ihnen, Reichardt, und ich muß jetzt eine
Stunde mit Ihnen geben, sollten sie mich auch Ihnen
nach zum Teufel gehen!“

11.

Wierzehn Tage waren vergangen; Reichardt war
Buchhalter in einem großen Handelshause und seine Zu-
kunft lag sorgenfrei vor ihm; trotzdem hatte alles
was er sich bei seinem ersten Eintritt in das Geschäft
geträumt, ein gänzlich verändertes Ansehen gewonnen.
Er war den Buchhaltern im vorderen Büro, denen der
junge Frost an seinem durch ein besonderes Gitter
abgetrennten Pulte präsierte, als neuer Kolleg
gestellt worden, damit war aber auch seine Einführung
oblig geworden, und niemand kümmerte sich weiter um
ihn. Sein Arbeitsplatz befand sich in dem zweiten Räume
oben dem Kassier und die gewöhnlichen Begrüßungen
„Guten die einzige Verbindung zwischen den Inhabern
der beiden Zimmer zu bilden.“



sozialdemokratischen Fraktion wirkliche sozialdemokratische Grund-
sätze in die Verfassung hereinzubringen. Das Räteystem werden
nie niemals los werden; das Volk wird an ihm festhalten. Die
einen Massen haben das Recht, auf die Straße zu gehen.
Wir wollen die Trennung von Staat, Kirche und Schule. De-
man als Kultminister für die Religion eintritt, kann ich nicht
verstehen; ein solcher Kultminister sollte der Zentrumspartei als
Mitglied beitreten. Die Verfassung entspricht nicht den sozial-
demokratischen Anforderungen.

Der Antrag, den Entwurf an einen Ausschuss von 24 Mit-
gliedern zu verweisen, wird hierauf angenommen und der Aus-
schuss durch Zarus gewählt. Schluß der Sitzung 3 Uhr.

Der Verfassungsausschuss hat zu seinem Vorsitzenden den
Abg. Dr. Hieber, zu dessen Stellvertreter den Abg. Wal-
ter (Zentr.) gewählt. Der Ausschuss wird sofort mit seinen
Beratungen beginnen.

Neues vom Tage.

Von der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 1. Febr. Generalfeldmarschall von Ein-
denburg hat nach mündlichem Vortrag des Gene-
rals von Winterfeldt seine Auffassung gebilligt, daß
er unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht auf sei-
nem Posten in Spaa bleiben könne.

Berlin, 1. Febr. Generaloberst v. Einem wurde
zur Disposition gestellt.

Kundgebung.

Berlin, 1. Febr. Der Evang. Bund hat in einem
Funktionsbericht an die christlich Gesinnten aller Länder einen
Protest gegen die unmenschliche Fortsetzung der Hunger-
blockade gerichtet, durch die täglich 800 Menschenleben
in Deutschland vernichtet werden. Der Bund fragt alle
christlich Gesinnten, ob sie die in der Weltgeschichte bei-
spiellose Härte vor ihrem Gewissen verantworten können,
die noch mehr als der entsetzliche Krieg das christliche
Ansehen schädige.

Kohlenmangel.

Berlin, 1. Febr. Die Spandauer Staatswerkstät-
ten, die über 50 000 Arbeiter beschäftigen, wurden, wie
der „Abend“ meldet, wegen Kohlenmangel auf 8-14
Tage stillgelegt. Die Arbeiter und Angestellten wer-
den für den Lohnausfall schadlos gehalten.

Die Spartakisten.

Berlin, 1. Febr. Nach Blättermeldungen hat die
Stadt Berlin die Schadenersatzforderungen aus den Re-
volutionsunruhen abgelehnt.

Berlin, 1. Febr. Die Spartakisten haben einen An-
schlag auf das Telegraphenamt in Eisenach gemacht. Die
Regierung hat daher Verordnungen erlassen, um uner-
wünschte Elemente von Weimar fernzuhalten.

Am 6. Februar sollen in Berlin neue Kundgebungen
der Radikalen veranstaltet werden, auch soll ein Zug von
Bewaffneten nach Weimar geplant sein. Die Regierung
hat davon Kenntnis erhalten und trifft entsprechende
Maßnahmen. Wie verlautet, soll während der Tagung
der Nationalversammlung in Jena eine Reichskonferenz
der Arbeiter- und Soldatenräte nach Berlin einberufen
werden.

Bremen, 1. Febr. Die spartakistische Regierung
hat die Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen zer-
schitten. Den bürgerlichen Einwohnern ist das Verlassen der
Häuser bei Todesstrafe verboten.

Bremen, 1. Febr. Der Vorsitzende des Soldaten-
rats des 9. Armeekorps Pool teilte mit, falls Koske
nicht sofort die Truppen vor Bremen zurückführe, würde
das ganze 9. Armeekorps mobil gemacht und außer-
dem die ganze Arbeiterschaft aufgerufen, gegen die Re-
gierung zu ziehen.

Bremen, 2. Febr. Die Verhandlungen in Bremen
zwischen Reichsregierung und den Radikalen hatten fol-
gendes Ergebnis: Die (radikalen) Volksbeauftragten Bre-
mens erklären sich bereit, auf Verlangen der Reichsregie-
rung zurückzutreten. Die bewaffnete Arbeiterschaft Bre-
mens ist bereit, dem Korps-Soldatenrat des 9. Armeekorps
alle Waffen und Munition abzuliefern. Der Oberste
Soldatenrat Groß-Hamburgs und der Korps-Soldatenrat
des 9. Armeekorps verbürgen sich für die Durchführung
der Entwaffnung und für die Wiederherstellung geord-
neter Zustände in Bremen. Die Mehrheitssozialisten
Bremens und sämtliche Vermittler erbitten von der
Reichsregierung die sofortige Zurückziehung der Division
Gerstenberg, da deren Auftrag erfüllt sei. Die Division
Gerstenberg erklärt, im Laufe des 2. Februar in die
Stadt Bremen und in Hemelingen nicht einzumarschieren,
falls kein Truppenzug von außen nach Bremen erfolgt.
Die Genossen Kusch und Wrede (Siebener Ausschuss Groß-
Hamburg) und Graeger (Arbeiterrat Oldenburg) werden
der Stadtkommandantur Bremen als Kontrole beige-
ordnet und halten die Verbindung mit der Division Ger-
stenberg aufrecht.

Düsseldorf, 1. Febr. Die Spartakisten haben
angelegene Bürger festgenommen, um sie als Leibhürden
in diejenigen Häuser zu verbringen, die von den Re-
gierungsstruppen angegriffen werden könnten. Es wurde
bekannt, daß die Reichsregierung außer nach Bremen
auch nach Braunschweig und Düsseldorf Truppen senden
werde.

Wilhelmshaven, 1. Febr. Bei dem Anschlag
der Kommunisten gegen die Reichsbank wurden im ganzen
7 1/2 Millionen Mark, darunter 2 Millionen Mark in
Gold, geraubt. Das Geld ist bis auf 400 000 Mark
wieder beigebracht.

Fatales Versehen.

Wilhelmshaven, 1. Febr. Der „Chef“ des Sicher-
heitsdienstes, der Unabhängige Dorn, wollte einem Be-
amtenstellvertreter ein Ausweisformular ausshändigen, aus
Versehen erwischte er aber ein Schriftstück, das Dorn
erg bloßstellte. Es war nämlich die amtliche Ernennung
des Chefs des Sicherheitsdienstes unter der zu gründenden
kommunistischen Regierung, von Dorn selbst unterzeichnet.
Dorn hatte sich also selbst zum Chef ernannt. Bisher
hatte Dorn immer bestritten, daß er die Kommunisten
überhaupt kenne.

Das Los der deutschen Kriegsgefangenen.

Brüssel, 1. Febr. (Reuter.) Ein Munitionszug
explodierte gestern nachmittag zwischen Aubange und
Longwy 60 deutsche Kriegsgefangene, 3 fran-
zösische Soldaten und 1 amerikanischer wurden getötet,
„viele Personen verwundet. Das Unglück ereignete
sich infolge der Unvorsichtigkeit eines Soldaten, de-
eine Granate fallen ließ. (Jedem Völkerrecht zum Dohne
werden die deutschen Kriegsgefangenen zurückbehalten
und zu lebensgefährlichen Arbeiten im ehemaligen Kriegs-
gebiet verwendet.)

Die Franzosen in der Pfalz.

München, 1. Febr. Die „Münchener-Augsburger
Abendztg.“ berichtet aus Ludwigshafen: Der französische
Befehlshaber hat den pfälzischen Zeitungen befohlen, eine
Reihe von Artikeln zu bringen, in denen Deutschland
verleumdet wird und die Einwohner der Pfalz einer
Vereinigung mit Frankreich geneigt gemacht werden sol-
len. Bei der Waffenstillstandskommission wurde Be-
schwerde erhoben.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 1. Febr. Die „Deutsche Tagesztg.“ meldet,
die Polen planen auf den 5. oder 6. Februar einen
Einfall in Westpreußen.

Stockholm, 1. Febr. (Estnischer Bericht.) In
der Richtung auf Jamburg haben unsere Patrouillen
Fortschritte genommen.

Helsingfors, 1. Febr. Die Verbündeten werden
Jimland jährlich 20 000 Tonnen Getreide liefern.

Eisenbahneraustand.

Allenstein, 1. Febr. Infolge der Arbeitsnieder-
legung der Eisenbahnangestellten in Ostpreußen (Ost-
preußen) stockt die Bahnverbindung Berlin-Allenstein.
Die Ausständigen verweigern die Annahme der Abfer-
tigung sämtlicher Büge.

Von der Friedenskonferenz.

Berlin, 1. Febr. Marshall Foch hat entschieden,
daß das noch in Frankreich befindliche Sanitätsper-
sonal in Freiheit gesetzt wird, wenn die Lazarette,
in denen es beschäftigt ist, aufgelöst und von den Allii-
erten übernommen sind. Das vor dem Rückzug gefangene
Sanitätspersonal soll befreit werden, wenn die gefangenen
deutschen Verwundeten und Kranken der Hilfe nicht mehr
bedürfen.

Paris, 1. Febr. Nach dem „Temps“ teilte Mi-
nister Pichon mit, der Völkerbund solle am 1.
Oktober ins Leben treten. Die englische Regierung
soll die Aufnahme der Türkei in den Völkerbund ab-
lehnen, da sie ganz aufgeteilt werden müsse.

Konstantinopel, 25. Jan. (Reuter.) Die Eng-
länder haben die gesamten feindlichen Banken bis zum
Friedensschluß übernommen.

Die deutschen Kolonien verloren.

Paris, 1. Febr. (Havas.) Die 10 Vertreter der
Großmächte berieten am Donnerstag die Kolonialfrage.
Man einigte sich dahin: Die deutschen Kolonien un-
sollen nicht mehr an Deutschland zurückfallen, zunächst
aber auch von keiner der Mächte in Besitz genommen,
sondern vom Völkerbund verwaltet werden. Wenn aber
in einem der in Frage kommenden Gebiete genügend kultivi-
erte Eingeborene vorhanden sein sollten, um nationaler
Eigenwünschen Ausdruck zu geben, z. B. in Arabien und
Mesopotamien, so sollte der Völkerbund diesen Wünschen
Rechnung tragen. Diese Völker sollen entscheiden, ob
sie unabhängig werden oder unter der Schutzherrschaft
einer Großmacht leben wollen. Wo dies nicht der Fall
sei, soll der Völkerbund entscheiden, wer die Oberhoheit
ausüben soll. Solange der Völkerbund noch nicht ver-
wirklicht sei, sollen die Kolonien von den angrenzenden
Mächten verwaltet werden, wie es schon jetzt der Fall
sei. Die asiatische Türkei wird sofort unter die Ver-
waltung der vier Großmächte England, Frankreich, Ita-
lien und Vereinigte Staaten gestellt. Der Oberste Kriegs-
rat hat vorzuschlagen, wie die Besatzungstruppen dort
am besten zu verwenden sind. (Man kann den englischen
Diplomaten die Anerkennung nicht versagen für die Ge-
schicklichkeit, mit der sie den Wilsonschen Gedanken der
Unterstellung der Kolonien unter den Völkerbund zwar
in der Form annehmen, tatsächlich aber ihre eigene und
die französische Annexionspolitik durchsetzen. D. Schr.)

Die Vertreter der Großmächte sind bestrebt, dem
Blutvergießen der Tschechen und Polen in Oester-
reichisch-Schlesien ein Ende zu machen. Es wurde be-
schlossen, daß die beiden Parteien bis zur endgültigen
Regelung der Gebietsfrage durch die Friedenskonferenz
Ruhe halten sollen, um den geordneten Bergwerksbetrieb
zu ermöglichen. Der Ertrag der Bergwerke soll an die
alliierten Nationen verteilt werden. Bezüglich des Streites
der Serben und Rumänen über das ungarische Banat
begründete die rumänische Regierung ihren Anspruch mit
Hinweis auf den Vertrag, den sie im August 1915 mit
England, Frankreich und Rußland geschlossen hatte, worin
als Belohnung für den Beitritt zum Kriegsbündnis aus-
drücklich die Einverleibung aller an Theiß und Murai
anstoßenden Gebiete zugesagt war. Serbien verlangt der
(südlichen) Teil des Banats, der mehr serbische als rumä-
nische Bewohner enthält. Ein Beschluß wurde noch nicht
gefaßt.

Wie verlautet, beschloß der Oberste Rat, den mit
Rumänen abgeschlossenen Geheimvertrag, worin diesem
das Banat und Temeswar zugesagt wurden, aufzuheben.

Beschleunigter Frieden?

London, 2. Febr. Der Korrespondent des Man-
chester „Guardian“ schreibt: Man vermutet, daß die
Alliierten mit größerer Eile auf den Abschluß eines
vorläufigen Friedens mit Deutschland hinarbeiten, der
innerhalb 6 Wochen unterzeichnet werden solle. Die ganze

Frage der Schadensergütung für die Kriegskosten und
des militärischen Schadens habe man fallen lassen und
die deutsche Verantwortlichkeit auf den mutwillig
angerichteten Schaden beschränkt, worin allerdings auch
die verletzten Schiffe einberechnet werden sollen.

Die römische Frage.

Paris, 1. Febr. „Deuvre“ will erfahren haben,
der Papst habe Wilson gebeten, es möge darauf hin-
wirken, daß die Forderung des Heiligen Stuhls betr.
Freiheit des Kirchenstaats von allen Staaten anerkannt
werde.

Opposition Japans?

Berlin, 1. Febr. Wie die „Deutsche Tagesztg.“ er-
fährt, erregte die Erklärung der japanischen Ver-
treter bei der Beratung der Kolonieverteilung, Japan
seien die Wilsonschen Bedingungen nicht mitgeteilt wor-
den und es werde sich auch nicht daran halten, die
größte Ueberraschung. Man glaubt, daß Japan den
Beitritt zum Völkerbund ablehnen werde.

Gegen den Bolschewismus.

Budapest, 1. Febr. Das französische Oberkom-
mando für Ungarn hat verfügt, daß Teilnehmer an
bolschewistischen Aufrührungen und Pländerungen straf-
weise nach dem französischen Sudan (Afrika) verschickt
werden sollen.

Washington, 1. Febr. Die Senatskommission, die
mit der Beaufsichtigung der Propaganda beauftragt ist,
empfiehlt eine Gesetzesvorlage für die bolschewistische Pro-
paganda dieselben Strafen einzuführen, wie für den Lan-
desverrat und für die Verschwörung gegen die Republik.

Auch die Schweiz protestiert.

Bern, 1. Febr. Der Bundesrat hat eine Protest-
note beschlossen gegen die ungerechtfertigte, dem Völker-
recht zuwiderlaufende Zurückhaltung der schweizerischen
Behörden in Petersburg. Die Note wird sämtlichen
Regierungen zur Kenntnis gebracht werden.

Auñstand in England.

Glasgow, 31. Jan. (Reuter.) Die Polizei ging
gestern abend wiederholt mit Knüppeln gegen die Menge
vor, um sie vom Rathaus zu vertreiben. Steine wurden
geworfen. Die Fenster in den Hauptstraßen wurden
zertrümmert. Die Maschinen der Londenr Betriebe be-
schlossen, die Arbeit am 6. Februar niederzulegen, bis
die 40stündige Arbeitszeit bewilligt sei.

London, 1. Febr. Der Vorsitzende des Streikkom-
tees in Glasgow wurde unter Anklage der Anstiftung
zum Auñstand verhaftet. Bürgerschaft wurde abgelehnt. Bei
den Unruhen wurden insgesamt 53 Personen verwundet.
Der Streik der 3000 Mechaniker in Rosyth und der
ihnen angeschlossenen Arbeiterkategorien wurden beigelegt.

Paris, 1. Febr. Der Vollzugsausschuss der Ei-
senbahner und der Eisenbahngewerkschaften unterzeich-
neten ein Sonderabkommen betreffend den Achtstundentag.

Allgemeine Dienstpflicht in Amerika.

Washington, 31. Jan. (Reuter.) Der Geset-
entwurf, der die Einführung einer „allgemeinen obligato-
rischen Uebung“ von nicht mehr als Jahresdauer für alle
Männer von 19-26 Jahren als dauernde Einrichtung
anordnet, ist beim Senat eingebracht worden.

Achtstundentag in Amerika.

New York, 1. Febr. (Reuter.) Die Leitung der
Textilarbeitergewerkschaft hat ihre Mitglieder, deren Zahl
annähernd 1 Million beträgt, angewiesen, am Montag,
ungeachtet des Widerspruchs der Arbeitgeber, den 8-Stun-
dentag einzuführen. Die Textilarbeiter in den Neuen-
land-Staaten treten am Montag in den Streik, obgleich
die Arbeitgeber eine Bezahlung für 59 Stunden bei 48-
stündiger Arbeitszeit in der Woche gewährten.

Kein Austausch?

Madrid, 1. Febr. Ministerpräsident Romanones
erklärte einem Zeitungsvertreter gegenüber, die Nach-
richt, daß England Gibraltar zum Austausch gegen Centa
angeboten habe, sei nicht zutreffend.



Das Schloss in Weimar, in dem die Reichsleitung mit
ihrem Stabe untergebracht ist. (v. 1918)



Das Alexander-Palast in Potsdam, der künftige Aufenthaltsort
des kaiserlichen Hofes.

Völkervereinigung.

Genf, 31. Jan. Die verschiedenen Friedens- und Völkervereinigungsdemokratien Dänemarks, Hollands, Norwegens, Schwedens und der Schweiz beabsichtigen, für Mitte Februar eine internationale Völkervereinigung nach Genf einzuberufen.

Die Berner Konferenz.

Bern, 31. Jan. Branting (Stockholm), der bisher die Sitzungen der internationalen Sozialistenkonferenz leitete, teilt mit: Der Sitzung am Dienstag wohnten u. a. die Vertreter der Deutschen Sozialistischen Mehrheitspartei Mollenbuhr, Hermann Müller und Weiss, der Vertreter der Unabhängigen Sozialisten sowie die Direktoren der französischen Gewerkschaften Zauhoug und Dumoulin bei. Gussman stellte fest, daß eine Besprechung der Schuldforderung unvermeidlich sei. An dieser Besprechung, bei der im allgemeinen Gussman zugestimmt wurde, beteiligten sich Branting, Hermann Müller, Weiss, Kautsky, Ellenbogen (Wien) und Grumbach (Elsass). Müller erklärte, Deutschland denke nicht daran, Ansprüche auf lettische Gebiete zu erheben. Weiss erklärte, das Saargebiet und das linke Rheintal seien unbedingt als Bestandteile des deutschen Staats zu betrachten.

Immer schöner!

Bern, 31. Jan. „Nouvelles de Lyon“ meldet aus Brüssel, daß mehrere belgische Städte gegen den ehemaligen Kaiser Wilhelm einen Prozeß wegen Nordafrika anstrengen.

Kohlenmonopol in der Schweiz?

Basel, 31. Jan. Nach der „Nationalzeitung“ besteht beim schweizerischen Wirtschaftsamt die Absicht, den Kohlenhandel zu verstaatlichen.

Die Ausstände in England.

London, 31. Jan. Die Regierung hält an ihrer Absicht fest, sich nicht in die Streiks am Clyde, in Belfast und in London einzumengen. Es handle sich durchwegs um Ausstände, die von den Leitungen der Gewerkschaften nicht anerkannt werden. Die Lage in Belfast hat sich inzwischen verschlechtert. Das ganze Leben der Stadt ist lahmgelegt. Es ist zu Gewalttätigkeiten gekommen. Zahlreiche Läden wurden geplündert.

London, 30. Jan. (Wuter.) Die Eisenbahnerverbände und der ausführende Ausschuss der Eisenbahnen einigten sich grundsätzlich über das Wesen des achtstündigen Arbeitstages. Das Uebereinkommen sieht vor, daß die für die Mahlzeiten zugemessene Zeit nicht als Arbeitszeit angerechnet wird.

Eine gewaltige Finanzoperation.

London, 31. Jan. Die englische Regierung schlägt die Vereinheitlichung der gesamten Reichskriegsschuld durch Umwandlung der Schulden Englands, Canadas, Australiens, Neuseelands und Südafrikas in eine einheitliche Anleihe mit einem Tilgungsfonds vor, wobei die Rückzahlung in längstens 72 Jahren in Aussicht genommen ist.

Gibraltar ausgetauscht.

Paris, 31. Jan. Der „Temps“ meldet, England wolle die auf spanischem Boden liegende Festung Gibraltar gegen die gegenüberliegende in spanischem Besitz befindliche Festung Ceuta an der Nordspitze Afrikas eintauschen. (Gibraltar, der südlichste Punkt Europas, hat in die Engländer 1704 durch einen Ueberfall von der See her in ihren Besitz gebracht, während Spanien mit Frankreich im sog. spanischen Erbfolgekrieg lag.)

Neue Steuerzulage.

Karlsruhe, 1. Febr. Die vorl. Volksgesetzgebung hat der bad. Nationalversammlung eine Vorlage betr. eine neue einmalige Steuerzulage für Februar an staatliche Beamte, Lehrer und Arbeiter zugehen lassen, die von 100 bis 500 Mark für Gesamteinkommen von 5000 bis 4000 M. (einschl. der bisherigen laufenden Zulagen) ansteigt. Ledige Beamte erhalten die Hälfte, für jedes Kind erhöht sich die Zulage um 10 Prozent. Auch Pensionäre werden berücksichtigt. Zur Deduktion wird ein Zuschlag zur Einkommen- und Vermögenssteuer und die Erhöhung der Personen- und Gütersteuer vorgeschlagen.

Odenburg, 1. Febr. Der seitherige Präsident der Republik Odenburg und Ostfriesländer Genosse Kuhn (Radikaler) hat sich nach einer Unterredung mit dem Mitglied der Berliner Regierung Nothe, veranlaßt gesehen, in längeren Urlaub zu gehen.

Beamtenfragen.

W. C. Ein höherer Beamter schreibt uns: Nach § 5 des württemb. Verfassungsentwurfs sollen alle Titel, insoweit sie nicht mit einem Amt verbunden sind, aufgehoben werden und auch in Zukunft nicht mehr eingeführt werden dürfen. Danach sollen wir also die Amtstitel beibehalten. Mit Genehmigung kann festgestellt werden, daß nach der erwähnten Bestimmung die bisherige Uebung, wonach den Beamten häufig ein nicht mit ihrem Amt, sondern ein mit einem höheren Amt verbundener Titel verliehen wurde, beseitigt werden wird. Diese Uebung bedeutete vielfach nur die Abspeisung für Uebergehung und eine Verschleiерung der wahren Sachlage, die für die Betroffenen eigentlich erst recht demütigend war.

Außer der Beseitigung der Heiratsverhinderung möchte ich noch einen Punkt erwähnen: die Freiheit der politischen Betätigung und der Koalition wird nach dem Entwurf für die Reichsverfassung allen Deutschen, also auch den Staatsbeamten, zugesichert. Mögen die letzteren hievon allzeit den richtigen Gebrauch machen und außerhalb des Amtes Politik nicht bloß am Stammtisch, sondern insbesondere in den politischen Parteien treiben! Der alten württembergischen Regierung darf es aber zur Ehre angerechnet werden, daß es schon bisher in unserem Land politische Beamtenprojekte nicht gegeben hat und daß sie der Versuchung, die Sozialdemokratie nach dem Vorgang von Preußen und Bayern mit dem untauglichen Mittel des „Reverses“ an

Unsere Orient- und Schwarzmeertruppen.

In einer am 25. ds. Mts. in Anwesenheit von Vertretern des Auswärtigen Amtes, der Deutschen Waffenstillstandskommission, des Kriegsministeriums, des Reichsmarineamts, des deutschen Militärbevollmächtigten in Konstantinopel und des hiesigen bayerischen Militärbevollmächtigten stattgehabten Massenversammlung des Angehörigenausschusses der deutschen Truppen am Schwarzen Meer und in der Türkei wurde unter anderem bekanntgegeben, daß für die in Nikolajew stehenden Truppen der Nachrichtenaustausch mit der Heimat nunmehr beginnen kann. Die Truppen können offene Karten durch Vermittlung der Waffenstillstandskommission an ihre Angehörigen richten. Diese können derartige Karten gleichfalls absenden und zwar aus Elsass-Lothringen an „Französische Oberste Heeresleitung“, aus den besetzten deutschen Gebieten an „Deutsche Waffenstillstandskommission Spa“, aus dem ganzen übrigen Deutschland an „Feldpostamt Großes Hauptquartier“, alles mit der Unteradresse Nikolajew. Das Kriegsministerium hat sofort Schritte getan, um den Nachrichtenaustausch in der gleichen Weise auch für die Truppen in den übrigen Häfen des Schwarzen Meeres und in Haibar Pascha (Konstantinopel) zu erwirken. Des ferneren wurde mitgeteilt, daß eine genaue Namensliste der in der Türkei befindlichen Truppen durch Vermittlung der Waffenstillstandskommission vom deutschen Befehlshaber in der Türkei angefordert worden ist. Die englische Regierung ist gebeten worden, als Ergänzung hierzu ein Verzeichnis der in Palästina, Mesopotamien und Syrien in englische Gefangenschaft geratenen Soldaten zu geben. Der Abtransport der Truppen zur See soll erfolgen, sobald die hoffentlich in Kürze zu erwartende mögliche Zustimmung der Entente vorliegt. Das Reichsmarineamt hat alle Vorkehrungen getroffen, um in kürzester Frist die notwendigen Dampfer abzugeben zu können. Von einigen jenseits aus Konstantinopel und Nikolajew zurückgekehrten Versammlungsteilnehmern über die Lage der dortigen Truppen gemachten Mitteilungen lauteten in allgemeinen recht tröstlich, namentlich in hygienischer Hinsicht sind jetzt alle notwendigen Vorkehrungen getroffen. Besonders willkommen wird noch die Nachricht sein, daß eine größere Post-Sammelsendung aus Haibar Pascha in den nächsten Tagen in Berlin erwartet wird. Die etwa 8-10000 Briefe oder Karten dürften Ende der Woche in Händen der Angehörigen sein. Der Angehörigen-Ausschuss bittet die Empfänger solcher Mitteilungen, alle für die Allgemeinheit wichtigen Nachrichten, insbesondere soweit sich Anhaltspunkte über das Schicksal bestimmter Formationen daraus ergeben, ihm unverzüglich zuzuleiten (Geschäftsstelle Charlottenburg, Kurfürstendamm 74). Die jenseits erdientene Mitteilung Nr. 2 des Ausschusses wird Beteiligten auf Wunsch kostenlos übersandt.



Die Rückkehr aus der Türkei.

Konstanz, 1. Febr. Die vor wenigen Tagen aus Konstantinopel zurückgekehrten deutschen Soldaten und Sanitätsmannschaften hatten eine abenteuerliche Reise hinter sich. Am 23. November vorigen Jahres waren sie von Konstantinopel nach Odessa gefahren, da geplant war, zur Heimbeförderung von Odessa aus den Landweg durch Russland zu benutzen. Die Feldgrauen, die in Palästina in der Türkei und in Südrußland gekämpft hatten glaubten jetzt möglichst schnell in die deutsche Heimat zu gelangen. In Odessa wurden sie aber sehr enttäuscht, da infolge der dort herrschenden trostlosen Zustände an eine Weiterbeförderung nicht zu denken war. Sie fuhren deshalb wieder auf dem russischen Dampfer „Jerusalem“ nach Konstantinopel zurück und nach langem Hin- und Her erfolgte die Abfahrt durch das Mittelmeer nach Spezia von wo die Soldaten über Genua, Mailand nach Gen gebracht und von den Schweizern nach dem Bodensee geführt wurden. Die Feldgrauen sollten lt. „Konst. Ztg.“ den Engländern und Italienern Anerkennung für ihr hilfreiches Benehmen, nur die Franzosen hatten durch alle möglichen Schikanen die Reise erschwert. Die meisten der Heimgekehrten sind an Malaria und Typhus erkrankt gewesen, befinden sich aber auf dem Wege der Besserung.

Karlsruhe, 1. Febr. (Das Verhältnis von Staat und Kirche im Verfassungsausschuss.) Der Verfassungsausschuss der Nationalversammlung setzte gestern nach der öffentlichen Sitzung die Beratung des § 18 des Entwurfs (Verhältnis von Kirche und Staat) fort. Hierzu liegen von allen Parteien Anträge vor, die den bisher anerkannten kirchlichen und religiösen Gemeinschaften ihre bisherigen Rechte weiterhin gewähren lassen, diese Rechte aber unter gewissen Voraussetzungen auch anderen religiösen Gemeinschaften zuwenden wollen. Somit ist in der Reichsverfassung nach dem Weg der alten Bau

ten (Patronat), sollen sie jetzt aufgehoben werden, wobei die Ablösung der damit zusammenhängenden Verpflichtungen einer besonderen späteren gesetzlichen Regelung vorbehalten bleibt. Außerdem liegen noch Zentrumsanträge vor betr. die rechtliche Stellung der Kirche. In der Aussprache sieht ein Redner der Zentrumspartei in der schrankenlosen Einbeziehung kleiner und kleinster religiöser Gemeinschaften eine Unmöglichkeit und verlangt gewisse Schranken im Nachweis eines entsprechenden Bekenntnisses und einer gewissen Organisation. Der Redner der dem. Fraktion bringt folgenden Antrag ein: „Alle Patronate sind aufgehoben. Die Ablösung der damit zusammenhängenden Verpflichtungen wird durch ein Gesetz erfolgen.“ Im weiteren Verlauf der Sitzung veranlassen sowohl Vertreter des Zentrums wie der Demokraten die Streichung des Abs. 5 des § 18, der lautet: „Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken sind unzulässig, soweit nicht rechtsgültige Verpflichtungen bestehen.“ Die Redner betonen dieser Absage bedeute ein Ausnahmegesetz gegen die Kirchen. Ein weiterer Vertreter der dem. Partei führte aus, er würde es begrüßen, wenn man (wie jetzt in Württemberg) die Frage der Trennung von Staat und Kirche überhaupt nicht zur Debatte stellen würde. Eine Abstimmung erfolgte nicht. Die Aussprache wird am nächsten Dienstag fortgesetzt.

Karlsruhe, 1. Febr. Der Haushaltsausschuss der bad. Nationalversammlung hat zu seinem Vorsitzenden den Abg. Böhring (Dem.) zu dessen Stellvertreter den Abg. Wittenmann (Ztr.) und zum Schriftführer den Abg. Bösch (Soz.) gewählt.

Karlsruhe, 1. Febr. (Der Zusammenschluß aller Elektrizitätswerke in Baden.) In der gestrigen Sitzung der bad. Nationalversammlung wurde von dem Abg. Massa (Dem.) und Gen. folgende kurze Anfrage eingebracht: „Ist die Regierung bereit, den durch die Kohlennot bedingten unerträglichen Zuständen des Mangels an elektrischem Strom für Licht und Kraft dadurch abzuheben, daß zum Zweck der Stromersparnis und der gleichmäßigen Versorgung des ganzen Landes die bereits vorhandenen großen Wasserkräfte des Murgtals und Kleinlaufens durch eine Starkstromleitung miteinander verbunden werden und daß der Ausbau der auf der Strecke Basel-Konstanz noch vorhandenen Wasserkräfte sofort in Angriff genommen wird?“

Karlsruhe, 1. Febr. Um Erwerbslosen Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmern Erwerbsgelegenheit zu verschaffen, sind die Bezirksämter angewiesen, bei ihnen noch beschäftigte Aushelfer und Aushelferinnen unter Einhaltung der Kündigungsfrist zu entlassen und dafür Kriegsbeschädigte und Kriegsteilnehmer einzustellen.

Heidelberg, 1. Febr. Der seit 50 Jahren an der hiesigen Universität wirkende berühmte Zoologe Gh. Rat Büschli tritt nach Abschluß des Semesters von seinem Lehramt zurück.

Baden-Baden, 1. Febr. Der im Herbst vorigen Jahres von dem Stadtrat dem Ministerium unterbreitete Entwurf zur Gründung eines badischen Landesverkehrsamts, der dann auch durch die Stadtverwaltungen Mannheim, Freiburg, Heidelberg und durch den Landesverband der bad. Hotelindustrie unterstützt wurde, ist von dem Ministerium des Innern vorläufig abschlägig beschieden worden. Der Stadtrat ist der Ansicht, daß die Ablehnung im Widerspruch stehe mit der von Reich und Staat immer wieder betonten Hebung des Erwerbslebens und er ist erneut an das Ministerium mit der dringlichen Bitte herangetreten, seinen Beschluß einer nochmaligen Nachprüfung zu unterziehen.

Freiburg, 1. Febr. In dem Erzbergwerk Schausland ist der Bergmann Leopold Scherer von Stegen durch Einatmen giftiger Gase tödlich verunglückt.

Freiburg, 1. Febr. Der Ehrenbürger der Stadt Freiburg General Gallwitz wird lt. „Freib. Ztg.“ Anfang April hierher Ubersiedeln, um hier seine Ruhejahre zu verleben.

Lahr, 31. Jan. Eine bekannte Tatsache ist, daß besonders im Elsass das gemünzte deutsche Geld stark gehamstert wurde. Wie der „Lahrer Ztg.“ nun berichtet wird, kam ein in der Nähe Münstereis wohnender Landwirt, der davon gehört hatte, daß die Franzosen das deutsche Geld zu gutem Kurs annehmen, mit einem Einspäuner vor die dortige Kommandantur gefahren und bot dem beschließenden Offizier 21000 M. in 10-Pfg.-Stücken an. Eine vor wenigen Tagen aus dem Elsass ausgewiesene, jetzt hier wohnhafte Frau will die fast ungläubliche Geschichte miterlebt haben.

Wühl, 1. Febr. In einem als Mannschaftszimmer eingerichteten Saal des Volksschulgebäudes hatten betrunkene Soldaten alles durcheinander geworfen und einen Strohiack angezündet. Das Feuer konnte bald durch die Volkswehr und durch Soldaten gelöscht werden. Bei der Festnahme der Täter stellte sich heraus, daß sich seit einigen Wochen vier junge Zivildisten bei den Soldaten eingenistet hatten. Einer von ihnen konnte durch die Volkswehr festgenommen werden. Im Schulhaus fand man ein Bündel Kunstdruckpapier, das hier bei einer Buchdruckerei gestohlen worden war. Wovon die Zivildisten bisher gelebt haben, konnte noch nicht festgestellt werden.

Schenckzell, 1. Febr. Ein Unbekannter warf auf dem Kirchplatz eine Handgranate weg. Diese explodierte und die Fenster der umliegenden Häuser wurden zertrümmert.

Karlsruhe, 30. Jan. Im Verfassungsausschuss wurde bei Beratung des Par. 17 des Verfassungsgesetzes von soz. Seite das unbeschränkte Streikrecht der Beamten und Staatsarbeiter verlangt, während von seiten des Zentrums und der demokr. Partei demgegenüber Bedenken geltend gemacht wurden. Schließlich wurde der Absatz des Par. 17 in der Regierungsfassung angenommen. Er lautet: „Das Koalitionsrecht wird für jedermann anerkannt, insbesondere auch für die Beamten, Staatsarbeiter, landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstdiener und steht unter dem Schutze der Verfassung.“ Abs. 1 des Par. 18 wird einstimmig in der Fassung angenommen, worin bestimmt ist, daß der Landarbeiter ungestörte Gewerkschaften genießt. Auch der 2. Abs.

in der einstimmigen Annahme mit dem Zusatz, daß auch niemand an der Erfüllung seiner religiösen Verpflichtungen gehindert werden darf.

(-) **Karlsruhe, 30. Jan.** In der heutigen Sitzung der bad. Nationalversammlung wird von dem Wahlsprüchungsamt der Vorschlag gemacht, die im 4. Wahlkreis Mannheim bei den Wahlen zur bad. Nationalversammlung für ungültig erklärten 1000 Stimmen, die der d.nat. Volkspartei zugefallen waren, für gültig zu erklären. Die Ungültigkeit der 1000 Stimmzettel war ausgesprochen worden, weil die Zettel durch Umstellen von ... einen Fehler erhielten. Sodann wird die d.nat. Volkspartei einen Sitz mehr (7 statt 6) erhalten, und das Zentrum einen Sitz weniger (40 statt 41).

(-) **Karlsruhe, 30. Jan.** Die Minister Dietrich und Haas, die im Besitz von Doppelmandaten (sowohl zur badischen wie zur deutschen Nationalversammlung) sind, haben den zuständigen Parteiinstanzen ihre Landtagsmandate und Ämter zur Verfügung gestellt. Die Frage wird den Engeren Ausschuss der Demokratischen Partei, der am Samstag den 1. Februar in Karlsruhe zusammentritt, beizubringen.

(-) **Karlsruhe, 30. Jan.** Das Bild Hindenburgs, das bei dem Besuch der französischen Offiziere auf dem Rathaus aus dem Sitzungssaal entfernt worden war, ist auf Veranlassung des Oberbürgermeisters wieder auf seinen alten Platz verbracht worden.

(-) **Karlsruhe, 30. Jan.** Die Techn. Hochschule hat von der Eisengießerei und Maschinenbauanstalt Vögele in Mannheim den Betrag von 200 000 Mk. für wissenschaftliche Zwecke der Karlsruher Hochschulvereinigung erhalten.

(-) **Karlsruhe, 30. Jan.** In einer Versammlung von Hinterbliebenen der Fliegeropfer wurde in einer Entschließung von der neuen Volksregierung verlangt, daß sie alle Kraft einsetze, um endlich den Geschädigten zu ihrem Recht zu verhelfen. Die badische Volksregierung solle eine Vorentscheidung unter Vorbehalt weiterer Ansprüche auszusprechen und zwar unter Wegfall der Bedürftigkeitsklausel. Weiter erwarten die Versammelten, daß die Regierung mit Nachdruck für eine volle Entschädigung bei der Reichsregierung eintritt. Die Hinterbliebenen verlangen, daß mindestens 100 Mk. Erziehungslohn für jedes Lebensalter der Getöteten festgesetzt werden. Von der Reichsregierung wird erwartet, daß dieselbe, auch unter Wegfall der Bedürftigkeitsklausel, die Waise in aller Kürze zur Auszahlung bringt.

(-) **Freiburg, 30. Jan.** Die Volkswehr verhaftete einen Hausburschen, der von der Staatsanwaltschaft wegen eines Diebstahls in Höhe von 9000 Mark verfolgt wird.

(-) **Villingen, 30. Jan.** In einer der letzten Nächte wurden in einer hiesigen Uhrenfabrik sechs Treibriemen entwendet. Der Täter wurde in der Person eines Soldaten verhaftet.

(-) **Villingen, 30. Jan.** Die Generaldirektion der bad. Staatsbahnen hat angeordnet, daß im kommenden Frühjahr zur Behebung der Wohnungsnot im südlichen Stadteil 20 Wohnhäuser erstellt werden.

(-) **Karlsruhe, 31. Jan.** Der Vorstand des Verbandes der Beamten- und Lehrervereine Badens hat beschlossen, in einer an die Regierung gerichteten Eingabe neben der Schaffung eines Gesetzes über die Errichtung einer Beamtenkammer, die Bildung von lokalen Beamtenausschüssen bei allen Dienststellen, ähnlich wie sie bereits bei der Post bestehen, durch alsbaldigen Erlass entsprechender Verordnungen zu verlangen.

(-) **Karlsruhe, 31. Jan.** Eine hier abgehaltene Landesversammlung der Vertrauensmänner und Frauen der Deutsch-nationalen Volkspartei (Christl. Volkspartei) wählte zum 1. Vorsitzenden den früheren Justizminister Dr. Düringer, zum Stellvertreter den Abg. Habermehl-Pforzheim, zum Schriftführer den Frhr. Abrecht von Gölter und zum Kassier Kaufmann Mähig in Mannheim. Zu Beisitzern wurde der frühere Reichstagsabgeordnete Kupp-Reihen und Freifrau von Marschall gewählt. In Karlsruhe soll eine Landesgeschäftsstelle errichtet werden.

(-) **Mannheim, 31. Jan.** Die nationalliberale und die fortschrittliche Rathhausfraktionen haben sich zu einer demokratischen Fraktion zusammengeschlossen, deren Vorsitzender Rechtsanwalt König, Stellvertreter Rechtsanwalt Teselohn wurde.

(-) **Mannheim, 31. Jan.** Nach Angaben der Ludwigshafener französischen Behörden soll in letzter Zeit ein schwunghafter Handel mit Bräunungsstoffen getrieben worden sein. Für derartige Ausweise sollen 20-40 Mk. geboten worden sein. Das Bürgermeisteramt warnt in öffentlichen Anschlägen vor solchen Handlungen.

da die französischen Behörden in Wiederholungsfällen die vollständige Schließung der Rheinbrücke anordnen werden.

(-) **Heidelberg, 31. Jan.** In Heidelberg vollzieht sich in aller Stille die Wiedergeburt der badischen Wehrmacht durch die Auffstellung des 1. badischen Lehrbataillons. Der Aufruf der badischen Volksregierung an Freiwillige zur Bildung zweier Lehrbataillone (Heidelberg und Bruchsal) hat guten Erfolg gehabt. Beide Bataillone sind fast vollständig. Namentlich haben sich viele ältere Soldaten, vor allem erfahrene Frontunteroffiziere, gemeldet. In Heidelberg werden zurzeit im Handschuhsheimer Schloß die Aufstellungsarbeiten für das 1. Bataillon erledigt, nachdem sich etwa 300 Mann gemeldet haben, die in den verschiedenen Wirtschaften Handschuhsheim einquartiert sind. Es wurden 3 Kompagnien und eine Maschinengewehrkompanie aufgestellt. Die Uniform ist die feldgraue. Auf dem linken Oberarm tragen sie einen Winkel in den badischen Landesfarben. Auf den Achselklappen tragen die Mannschaften eine rote arabische 1, die Offiziere in gelbem Metall. An der Wäsche wird nur eine Kolarbe und zwar die badische getragen. Die alten Rangabzeichen, die Achselstücke der Offiziere und die Kragentressen der Unteroffiziere werden beibehalten. Die Offiziere werden aus der Mannschafsfarbe mitverpfligt.

(-) **Ladenburg, 31. Jan.** Der Bürgermeister der Stadt Ladenburg wurde von einem französischen Offizier, der die Liste der mobilisiert gewesenen Militärpersonen einsehen wollte, befehrt, daß auch Ladenburg in die neutrale Zone falle.

(-) **Oberkirch, 31. Jan.** Der Ausbau der Reichsbahn von Oppenau nach Griesbach dürfte Anfang April in Angriff genommen werden. Es handelt sich dabei um den Anschluß an das württ. Bahnetz, wodurch eine direkte Verbindung von Oppenau über Oberkirch-Freudenstadt nach Stuttgart geschaffen wird.

Württemberg

(-) **Stuttgart, 1. Febr. (Rundgebung.)** In einer Versammlung der Deutschen demokratischen Partei im Saal des Kunstgebäudes, in der Geh. Kommerzienrat Hägele, Amtmann Dr. Schwammberger und Abg. Konrad Hausmann sprachen, wurde eine Entschließung gefaßt, in der Anklage erhoben wird gegen die Fortsetzung der repressiven Hungerblockade, die im Widerspruch mit dem von Deutschland im Jahre 1871 beätigteten Grundsatz der Menschlichkeit steht, gegen die völkerrechtswidrige Zurückbehaltung der Gefangenen, gegen der Raub der deutschen Kolonien, gegen die verbotene Vergezwaltung des Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Westen und Osten. Von der Reichsregierung und der Nationalversammlung wird eine entschlossene und geschlossene Politik verlangt, die sich auf den Standpunkt eines gerechten Völkervertrages stellt und die geplante Vergezwaltung der Gerechtigkeit brandmarkt.

(-) **Stuttgart, 1. Febr. (Arbeitslose.)** Die Zahl der Arbeitslosen in Stuttgart hat sich seit den 18. Januar von 8785 auf 10 963, und zwar 7864 Männer und 3099 Frauen erhöht. Darunter sind u. a. 1542 Kaufleute, 283 Techniker. Unter den Frauen sind 350 kaufmännische Hilfskräfte.

(-) **Ellwangen, 1. Febr. (Die Unteroffizierschule.)** Der Kommandeur der Unteroffiziersvorbildungsanstalt Ellwangen, Hauptmann Ableiter teil mit, daß diese Anstalt ihren Dienst auch weiterhin in vollem Umfange beibehalten wird. Söhne gefallener Kriegsteilnehmer sollen bevorzugt werden. Die endgültige Entscheidung über den Fortbestand der Anstalt ist der Nationalversammlung vorbehalten.

(-) **Vöblingen, 2. Febr. (Bedrohung.)** Nicht nur die Wilderei, sondern auch der Diebstahl ist in Blüte. Die Forstbeamten sind ihres Lebens nicht mehr sicher. In Dettenhausen hatte es Hausdurchsuchungen aus den angegebenen Gründen gegeben. Darauf wurden zwei Forstbeamte am hellen Tage mitten im Ort bedroht. Die Frau eines Forstwarts, der noch im Lazarett liegt, nachdem er sich die ganze Kriegszeit hindurch im Felde ausgezeichnet und das Eisenerz Kreuz 1. Klasse erworben hatte, wurde mitten in der Nacht in ihrem Hause überfallen. Ein Revolver schlug mit einem Infanteriegewehr die Fenster ein und versuchte die Haustür zu zertrümmern. Bewaffnete Nachbarn verhielten das Schlimmste.

(-) **Herrenberg, 1. Febr. (Die Pressefreiheit.)** Der hiesige Arbeiterrat hatte am 26. Januar eine Versammlung einberufen, um gegen die Haltung des Amtsblatts „Gau- und Ammertalbote“, das am 1. Januar in den Verlag des Abg. Th. Körner übergegangen war, Stellung zu nehmen. Oberamtmann Rau-Ler erklärte, es bestehe volle Pressefreiheit und man

könne der Redaktion keine Vorschriften über ihre politische Haltung machen. Nach längerer Aussprache wurde von der Mehrheit die Erklärung beschlossen, es werde von den Behörden erwartet, daß, wenn das Amtsblatt seine (revolutionsfeindliche) Haltung nicht ändere, der Einwohnerschaft Herrenbergs die amtlichen Bekanntmachungen auf andere Weise zugänglich gemacht werden.

(-) **Calw, 2. Febr. (Eine Extrarevolution.)** Um Klagen über angeblich ungenügende Lebensmittelverteilung vorzubringen, zog eine Anzahl Männer und Frauen auf das Oberamt, beschimpften die Kommunalbeamten, stießen Drohungen gegen die Beamten des Oberamts aus und benahmen sich gegen den Oberamtsvorstand in ungehöriger Weise. Es kostete große Mühe, die Leute zu beruhigen. Sie erhielten die Zusage, daß ihre Beschwerde untersucht werde.

(-) **Schweningen, 1. Febr. (Unsere Jugend.)** Gestern mittag wurde ein Mädchen auf dem Wege zur Fabrik ohne jede Veranlassung von einem Realschüler in die Hand gestochen. Leider konnte der Dube unerlanni entkommen.

(-) **Spaichingen, 2. Febr. (Kriegerehrung.)** Die Firma Gustav Böhle hat unter die aus dem Feld zurückgekehrten Arbeiter 14 000 Mk. verteilt.

(-) **Beuron, 1. Febr. (Rascher Tod.)** Oberförster Kestle lehrte von einem Birschgang auf Wildbiede nicht mehr zurück. Man fand ihn auf dem Felde in der Nähe von Frendorf als Leiche vor. Vor zwei Jahren hat am gleichen Tage Oberförster Dopfer in Beuron gleichfalls einen Schlaganfall erlitten.

(-) **Stuttgart, 1. Febr. (Vom Obst- und Gemüsemarkt.)** Die Obst- und Gemüsepreise sind allmählich nach. Ein Teil von Früchten — meist sind es Schleichhändler — sucht immer Neapel zu unangemessenen Preisen direkt an die Ladenbesitzer abzugeben, meist mit Erfolg, da die Geschäfte jede Gelegenheit auszunutzen müssen, um über Wasser zu bleiben. Jede höhere Forderung in den Läden als 65 Pfennig für das Pfund, sofern keine spezielle Genehmigung vorgezeigt werden kann, ist strafbar. — Die Gemüsepreise sind ebenfalls zusammengeschrunken. In den Schanden gibt's meist nur für „Kundschaft“ noch etwas. Die eingewinterten Gemüse laufen stark infolge zu warmer Witterung. Wenig Abgang haben die noch in ansehnlichen Mengen hier lagernden norddeutschen Kohlrabi gefunden.

(-) **Crailsheim, 1. Februar. (Hohe Schweinepreise.)** Auf dem gestrigen Schweinemarkt, der mit 220 Stück Milchschweinen und 4 Stück Lammern besetzt war, wurden für erstere 250-340 Mark, für letztere 400-430 Mark für das Paar bezahlt. Innerhalb vier Wochen sind die Preise um durchschnittlich 100 Mark für das Paar gestiegen.

(-) **Stuttgart, 2. Febr. (Verbindung Stuttgart-Weimar-Berlin.)** Zur Herstellung einer Schnellzugverbindung zwischen Stuttgart-Weimar-Berlin wird vom 5. Februar ab ein Zug D 147 (Stuttgart ab vorm. 6.48, Berlin an 8.10 abends) und ein Zug D 148 (Berlin ab 10.07 vorm., Stuttgart an 11.30 abends) ausgeführt. In Cannstatt, Schorndorf und Ulm hält D 147 nur zum Einsteigen, D 148 nur zum Aussteigen. Infolge der Einschaltung dieser Züge verändert sich der Fahrplan einiger Personenzüge bei Strecken Stuttgart-Valen und Stuttgart-Badnang, sowie Ulm-Valen.

(-) **Vom Bodensee, 1. Febr. (Hochwasserjahr.)** Die Anwohner vom Bodensee, Untersee und Rhein haben sich für das laufende Jahr auf Hochwasser gefaßt zu machen, wenn Frühjahr und Vor Sommer nicht ungewöhnlich trocken ansfallen. Der Wasserstand ist jetzt schon so hoch wie noch selten, und das gilt als ein schlimmes Zeichen. Der Pegelstand in Romanshorn ist gegenwärtig 3,50 Meter, während der normale für diese Jahreszeit wenig über 3 Meter beträgt und in den Jahren 1898 und 1909 nur 2,57 und 2,55 abgelesen wurden. Im letzten Hochwasserjahr 1916 war der Pegelstand im Januar 3,37.

Gerichtssaal.

(-) **Stuttgart, 1. Febr. (Strafkammer.)** Der schwer verurteilte 56 Jahre alte Uhrmacher August Braude aus Ulm, der die Verurteilung unter dem Vorgeben, er jammle für die Kaiserliche Mission, erhebliche Beträge und verübte dabei gegenständig in den Wohnungen Diebstähle. Braude wurde zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. — Dem 29 Jahre alten Schustergehilfen Karl Kling aus Straßburg war auf Grund der Amnestie ein großer Teil einer siebenjährigen Zuchthausstrafe erlassen worden. Als bald verlegte er sich wieder aufs Stehlen und entwendete einem hiesigen Meister 400 Mark. Strafe: 1 Jahr Zuchthaus.

Als feiger Deserteur trieb sich über ein halbes Jahr der 20 Jahre alte Tagelöhner Friedrich Ruf aus Baden unter dem Schutze der Uniform im Lande herum. In der ganzen Zeit lebte er nur von Diebstählen. In dem 63 Jahre alten Wirt Jakob Straß hier fand er einen zuverlässigen Anwohner für alles. Auf wurde zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Strafe kam mit zwei Monaten Gefängnis davon.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

Bekanntmachung.

Nach einer Mitteilung des Oberamts Neuenbürg vom 28. ds. M. ist der verkehrsfreie Kleefamen und Häckelstroh (Erbsen-, Wicken-, Ackerbohnen- und Reppstroh) in weitgehendstem Maße zur Verfütterung bzw. zur Heutrocknung heranzuziehen. Diese Strohart sind in den Bezirken Neckarfulm, Dehringen, Hall und Gerabronn zu erhalten. Der Preis für 1 Zentner gemischt wird sich auf 12-16 Mk. berechnen.

Die Fuhrwerks- und Viehbesitzer werden, soweit sie von diesen Strohart beziehen wollen, aufgefordert, ihren Bedarf bis **spätestens 4. Februar** auf dem Meldeamt anzugeben. Wildbad, den 31. Januar 1919.

Stadtschultheißenamt Bägner.

Auf die am Rathaus angeschlagene Bekanntmachung die Verfügung der prov. Regierung die Ablieferung von Waffen und anderem Heeresgut vom 14. Januar 1919 betreffend, wird hiermit die Einwohnerschaft hingewiesen. Wildbad, den 31. Januar 1919.

Stadtschultheißenamt Bägner

Geschäfts-Empfehlung.

Im **Sohlen und Reparieren von Schuhen und Stiefel** empfiehlt sich

Friedrich Wiedmayer
Schuhmacher

im Hause bei Frau Maier Wtw. im Städt.

Fleisch-Regelung.

Ab Februar werden die Kundenlisten wieder umgeschrieben. Es müssen sich deshalb alle Versorgungsberechtigten am Dienstag den 4. Februar neu anmelden, da sonst dem Metzger kein Fleisch für uneingetragene Kunden zugestellt wird.

Die Metzger sind folgende:

L. Rappellmann, Karl Krauß,
Adolf Krauß, Hermann Schmid,
Fritz Krauß, Christian Treiber,
Christian Wals.

Stadt Lebensmittelamt Wildbad.

Kaufe Küchenabfälle

Kartoffelschalen (Bih) roh und geböhrt, Krautabfälle usw. zahle höchste Preise. Wer sagt die Erwed. [225]

Gefunden

wurde ein

Kinderwuff

Abzuholen gegen Einrückungsgebühr bei

Fran Alber
Reinbachstr. 211

Reisig-Bejen

Wilhelm Rath.

Ein kleiner älterer

Kasten

wird zu kaufen gesucht.
Fr. Wiedmayer
Schuhmacher.

Kaisernatron

feinstes verbessertes Doppeltrohlenlaures Natron, zum vielfeitigen praktischen Gebrauch für das Militär, beste Hilfe beim Baden, Kochen und Einmachen ist zu haben bei

Carl Wilt. Gott.

